



**Finanzgericht Bremen**

**Geschäftsverteilungsplan**

**ab 8. Mai 2026**

## A. Sachliche Zuständigkeit der Senate

### 1. Senat

I.	Alle neu eingehenden Streitsachen betreffend
	1. <b>Einkommensteuer</b> einschl. Kapitalertragsteuer und Zuschläge (z.B. Solidaritätszuschlag, Kirchensteuer, Arbeitnehmerkammerbeiträge)
	2. Gesonderte und/oder einheitliche <b>Feststellung von Einkünften</b>
	3. <b>Lohnsteuer</b> einschl. Zuschläge (z.B. Solidaritätszuschlag, Kirchensteuer, Arbeitnehmerkammerbeiträge)
II.	Alle neu eingehenden Streitsachen betreffend <b>Körperschaftsteuer</b> , ferner Streitsachen betreffend die Kapitalertragsteuer-Entrichtungsschuld (§ 44 Abs. 5 EStG) und Zuschläge (z.B. Solidaritätszuschlag).
III.	Alle neu eingehenden Streitsachen betreffend <b>Gewerbsteuer</b> einschließlich Zerlegung.
IV.	Alle gegen ein Hauptzollamt gerichteten Verfahren und alle neu eingehenden Streitsachen betreffend
	1. <b>Zölle, Abschöpfungen und zollgleiche Abgaben</b>
	2. <b>Ausfuhrabgaben und Ausfuhrabgabenerstattungen</b>
	3. <b>Verbrauchssteuern und Monopole</b>
	4. <b>Einfuhrumsatzsteuer</b> , soweit nicht der 2. Senat nach Ziff. I Nr. 2 zuständig ist
V.	Alle neu eingehenden Streitsachen betreffend
	1. <b>Wohnungsbauprämie</b>
	2. <b>Sparprämie</b>
	3. <b>Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer</b>
	4. <b>Eigenheimzulage</b>
VI.	Alle neu eingehenden <b>Kindergeldsachen</b> einschließlich Erstattung von Kindergeld und abweichende Festsetzung des Erstattungsbetrages (§§ 37, 163 AO) und einschließlich aller gegen eine Familienkasse gerichteten Verfahren mit den <b>Eingangsnummern 1 bis 6 [von 12]</b> .
V.	<b>Alle am 7. Mai 2026 bei diesem Senat anhängigen Sachen.</b>

## 2. Senat

I.	Alle neu eingehenden Streitsachen betreffend	
	1.	<b>Umsatzsteuer</b>
	2.	<b>Einfuhrumsatzsteuer</b> , sofern das Verfahren gegen ein Finanzamt gerichtet ist
II.	Alle neu eingehenden Streitsachen betreffend	
	1.	<b>gesonderte Feststellungen nach § 18 AStG</b>
	2.	<b>Grunderwerbsteuer</b>
	3.	<b>Grundsteuer</b>
	4.	<b>Kapitalverkehrsteuer</b>
	5.	<b>Übrige Verkehrsteuern</b>
	6.	<b>Investitionszulagen</b>
	7.	<b>Abgabenordnung</b> aus folgenden Bereichen:
	a)	Außenprüfung, Steuerfahndung und Steueraufsicht in besonderen Fällen (Vierter bis Sechster Abschnitt des Vierten Teils der AO)
	b)	Erhebungsverfahren (Fünfter Teil der AO) <ul style="list-style-type: none"> <li>– bei Stundung (§ 222 AO),</li> <li>– Zahlungsaufschub (§ 223 AO),</li> <li>– Aufrechnung (§ 226 AO) und</li> <li>– Erlass (§ 227 AO), soweit nicht der 1. Senat nach Ziff. IV. oder V. zuständig ist, jedoch nur im Fall gesonderter Anfechtung;</li> <li>– bei Zinsen nach §§ 233a ff. AO, wenn <ul style="list-style-type: none"> <li>aa) die Zinsfestsetzung nicht in einem Bescheid mit der Steuerfestsetzung verbunden ist,</li> <li>bb) bei Zinsfestsetzung im Steuerfestsetzungsbescheid nicht nur die festgesetzte Steuer oder deren Betrag als Grundlage der Zinsberechnung im Streit ist</li> </ul> </li> </ul>
	c)	Vollstreckung (Sechster Teil der AO) und Duldung der Zwangsvollstreckung (§ 191 AO)
	d)	Steuergeheimnis (Vierter Abschnitt des Ersten Teils der AO), wenn nur Fragen des Steuergeheimnisses im Streit sind
	e)	Festsetzung von Verspätungszuschlägen (§ 152 AO) im Fall gesonderter Anfechtung

	f)	Abweichende Festsetzung von Steuern aus Billigkeitsgründen (§ 163 AO) im Fall gesonderter Anfechtung, soweit nicht der 1. Senat nach Ziff. IV. oder V. zuständig ist
	g)	Haftung des Betriebsübernehmers (§ 75 AO)
8.		<b>Finanzgerichtsordnung</b> aus folgenden Bereichen:
	a)	Öffentlich-rechtliche und berufsrechtliche Streitigkeiten nach dem Steuerberatungsgesetz (§ 33 Abs. 1 Nr. 3 FGO)
	b)	Öffentlich-rechtliche Streitigkeiten nach Art. 6 BremAGFGO i.V.m. § 33 Abs. 1 Nr. 4 FGO
	c)	Öffentlich-rechtliche Streitigkeiten nach dem Bremischen Gesetz betreffend die Vollstreckung von Geldforderungen im Verwaltungswege i.V.m. § 33 Abs. 1 Nr. 4 FGO
	d)	Anträge auf Erlass einer einstweiligen Anordnung (§ 114 FGO), wenn kein Zusammenhang mit einer Streitigkeit gegeben ist, für die ein anderer Senat zuständig ist
	e)	Selbständige Beweisverfahren (§ 155 FGO i.V.m. §§ 485 ff. ZPO)
	f)	Eidliche Vernehmung von Auskunftspersonen und Beeidigung von Sachverständigen (§ 158 FGO)
	g)	Sonstige Ersuchen um Rechtshilfe (§ 13 FGO)
	h)	Vollstreckungsanträge (§§ 151 ff. FGO)
	i)	Erinnerungen in Kostensachen und andere Kostenanträge
	j)	Entbindung eines ehrenamtlichen Richters (§ 21 Abs. 3 und 4 FGO) sowie Aufhebung der Entbindungsentscheidung (§ 21 Abs. 5 FGO)
	k)	Gerichtliche Festsetzung der Entschädigung von ehrenamtlichen Richtern
9.		Verfahren gegen das <b>Finanzamt für Außenprüfung</b>
10.		Verfahren nach dem Ortsgesetz über die Erhebung einer <b>Zweitwohnungsteuer</b> in der Stadtgemeinde Bremen
11.		Einheitsbewertung, gesonderte <b>Bewertung</b> von Vermögen oder Vermögensteilen
12.		<b>Erbschaft- und Schenkungsteuer</b>

III.	Alle neu eingehenden <b>Kindergeldsachen</b> einschließlich Erstattung von Kindergeld und abweichende Festsetzung des Erstattungsbetrages (§§ 37, 163 AO) und einschließlich aller gegen eine Familienkasse gerichteten Verfahren mit den <b>Eingangsnummern 7 bis 12 [von 12]</b> .
IV.	<b>Alle neu eingehenden Sachen, für die eine Zuständigkeit nach dieser Geschäftsverteilung nicht ausdrücklich begründet worden ist.</b>
V.	<b>Alle am 7. Mai 2025 bei diesem Senat anhängigen Sachen.</b>

## Anmerkungen

Der Senat, der für die Hauptsache zuständig ist, ist auch stets zuständig für die Entscheidung über Anträge auf Aussetzung der Vollziehung und – vorbehaltlich der Zuständigkeit des 2. Senats nach Ziffer II. Nr. 8 Buchst. d) – für Anträge auf Erlass einer einstweiligen Anordnung (§ 114 FGO).

### 1. Zuständigkeit der Senate

a) Betrifft eine Streitsache Sachgebiete, die in die Zuständigkeitsbereiche mehrerer Senate fallen, wird zunächst die Zuständigkeit des 1. Senats begründet. Dieser trennt das Verfahren ab, für das er nicht zuständig ist.

Die Senate entscheiden im Rahmen der ihnen zugewiesenen sachlichen Zuständigkeit auch über die Haftung für Steuern sowie die Abrechnung von Steuern der zugewiesenen Steuerarten, über die Vorauszahlung dieser Steuern und die Anrechnung von Vorauszahlungen und Abzugsteuern und über Fragen der Abgabenordnung und von deren Nebengesetzen sowie der Finanzgerichtsordnung, soweit nicht die Zuständigkeit des 2. Senats (Ziffer II. Nr. 7 und 8) gegeben ist (z.B. Prozesskostenhilfe, Streitwertfestsetzungen, Akteneinsicht, Fristsetzung im Verwaltungsverfahren usw.). Das gilt auch hinsichtlich solcher Verfahren, die sich zwar aus dem Hauptverfahren ergeben, mit diesem aber nicht in einem sachlichen Zusammenhang stehen (z.B. Verfahren wegen Ordnungsgelds gegen nicht erschienene Zeugen).

Entsprechendes gilt für die gesonderte Anfechtung von Entscheidungen über die Akteneinsicht, Fristsetzungen usw. im Verwaltungsverfahren.

Betrifft ein Haftungs- oder Abrechnungsbescheid neben anderen Steuerarten Körperschaftsteuer oder Einkommensteuer, ist der 1. Senat zuständig.

Betrifft ein Haftungs- oder Abrechnungsbescheid neben anderen Steuerarten Umsatzsteuer, aber nicht Körperschaftsteuer oder Einkommensteuer, ist der 2. Senat zuständig.

Der Senat, der über die Hauptsache entschieden hat, bleibt auch zuständig für Entscheidungen, die nach Beendigung des Verfahrens in der Hauptsache zu treffen sind, z.B. Urteilsergänzung, Entscheidungen über Anträge nach § 139 Abs. 3 Satz 3 FGO, nach § 21 GKG und nach § 4 JVEG.

b) Zur Bildung der Eingangsnummern in **Kindergeldsachen** werden alle eingehenden Klagen und sonstigen Anträge betreffend Kindergeldsachen einschließlich Erstattung von Kindergeld und abweichende Festsetzung des Erstattungsbetrages (§§ 37, 163 AO) und einschließlich aller gegen eine Familienkasse gerichteten Verfahren jeweils fortlaufend gesondert gezählt.

Die Zählung wird am **8. Mai 2026** begonnen.

Nicht gezählt werden

- V-Anträge, wenn die Hauptsache bereits anhängig ist oder war,
- V-Anträge, die gleichzeitig mit der Klage zur Hauptsache eingehen,
- Klagen zur Hauptsache, wenn der V-Antrag anhängig ist oder war,
- Verfahren, die fortgeführt werden, nachdem sie geruht haben, ausgesetzt waren oder als erledigt behandelt worden sind,
- vom BFH zurückverwiesene Verfahren.

Diese Sachen gehören in den Senat und dort in das Dezernat, zu dem die früher eingegangene Sache gehört bzw. gehört hat.

Die Reihenfolge des Eingangs richtet sich nach dem zeitlichen Eingang auf der zum Empfang bestimmten Einrichtung des Gerichts (EGVP-Intermediär) gemäß Prüfvermerk bzw. dem Abschluss des Scanprozesses gemäß Transfervermerk. Bei einem Prüfvermerk ist maßgeblich der auf dem Prüfvermerk unter „Angaben zur Nachricht“ ausgewiesene „Eingangszeitpunkt“. Bei einem Transfervermerk ist maßgeblich der Zeitpunkt der letzten Bearbeitung („Stichprobe“).

## 2. Fortführung / Wiederaufnahme des Verfahrens

Ruhende und ausgesetzte Verfahren bleiben anhängig. Hat ein Verfahren geruht oder war es ausgesetzt, so bleibt es bei seiner Fortführung in der Zuständigkeit des Senats, in dem es anhängig ist.

Hat sich ein Verfahren anderweitig erledigt, so fällt es bei seiner Fortführung in die Zuständigkeit des Senats, der die anderweitige Erledigung verfügt hat. Entsprechendes gilt nach Zurückverweisung durch den BFH (§ 126 Abs. 3 Nr. 2 FGO), im Falle der Wiederaufnahme des Verfahrens und bei Fortsetzung des Verfahrens nach einem Einstellungsbeschluss.

## 3. Kompetenzstreit

Über Meinungsverschiedenheiten zwischen den Senaten in Fragen der Geschäftsverteilung entscheidet das Präsidium.

## 4. Güterichter

Präsidentin des Finanzgerichts Dr. Wendt wird als Güterichterin i.S. des § 155 FGO i.V.m. § 278 Abs. 5 ZPO in Verfahren tätig, für die die Richterin am Finanzgericht Galambos als Berichterstatterin zuständig ist. In allen übrigen Verfahren einschließlich von einem anderen Gericht verwiesenen Güteverfahren wird Richterin am Finanzgericht Galambos tätig.

## B. Besetzung der Senate und Vertretungsregelung

### **1. Berufsrichter:innen**

#### 1. Senat

Vorsitz: Richter:in am Finanzgericht Gerl  
Beisitzer:innen: Richter:in am Finanzgericht Galambos  
Richter am Finanzgericht Dr. Meier  
Richter am Verwaltungsgericht Dr. Pawlik

#### 2. Senat

Vorsitz: Präsidentin des Finanzgerichts Dr. Wendt  
Beisitzer:innen: Richter:in am Finanzgericht Galambos  
Richter am Finanzgericht Dr. Meier  
Richter am Verwaltungsgericht Dr. Pawlik

## 2. Vertretung

### *I. Vertretung der Vorsitzenden*

Die Vorsitzende des 1. Senats wird vertreten

- im Rahmen der Zuständigkeit des 1. Senats nach Ziffer VI. durch Richterin Galambos und
- in allen übrigen Sachen,
  - soweit sie in die Zuständigkeit des Dezernats 2 des 1. Senats fallen, durch Richterin Galambos,
  - soweit sie in die Zuständigkeit des Dezernats 4 des 1. Senats fallen, durch Richter Dr. Pawlik und
  - im Übrigen durch Richter Dr. Meier.

Die Vorsitzende des 2. Senats wird vertreten

- im Rahmen der Zuständigkeit des 2. Senats nach Ziffer II. 8. Buchst. e) und g) sowie nach Ziffer III. durch Richterin Galambos und
- im Rahmen der Zuständigkeit des 2. Senats nach Ziffer II. 8. Buchst. a) und b) sowie nach Ziffer IV. durch Richter Dr. Pawlik und
- in allen übrigen Sachen durch Richter Dr. Meier.

Ist die/der Vertreter:in verhindert, wird die Vorsitzende von der/dem jeweils dienstälteren ordentlichen Beisitzer:in vertreten, bei deren/dessen Verhinderung von der/dem weiteren ordentlichen Beisitzer:in bzw., wenn ein/e solche/r nicht vorhanden ist, von der/dem jeweils dienstältesten Beisitzer:in des anderen Senats. Tritt bei Vertretung im Übrigen Präsidentin des Finanzgerichts Dr. Wendt als Richterin hinzu, übernimmt sie den Vorsitz.

### *II. Beschlussfähigkeit der Senate*

#### 1. Senat:

Bei Beschlussunfähigkeit tritt in den Senat Präsidentin des Finanzgerichts Dr. Wendt hinzu.

#### 2. Senat:

Bei Beschlussunfähigkeit tritt in den Senat Richterin am Finanzgericht Gerl hinzu.